Dresden 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Gustav D. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Sie Preisliste nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bei Rochm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandte die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Rechtzeitige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen erfolgen nur mit gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Mit Silber kostet 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder Nachtrag bis Sonntag die Petitzeile 20 Pfge.

Holzschnitzwaaren

gebe ich, um meine Lokale ganz der Einrichtung von Küche und Haus widmen zu können, zu

vollständigem Ausverkaufe

und empfehle solche zu bedeutend ermässigten Preisen

F. Bernh. Lange, Haus- u. Küchen-Bazar, Amalienstrasse 6 und 7 (Haus Fürstenhof).

Gebrüder Roettig,

Königl. Hofoptiker.

empfehlen zu bevorstehenden Weihnachten ihr reichhaltiges und grösstes Lager von allen in ihr Fach einschlagenden Artikeln.

Geschäft besteht 50 Jahre. Feste Preise.

Magazin: Pragerstrasse Nr. 5, Dresden.

Residenz-Theater.

Der Rattenfänger von Hameln.

Altenburg. Das bisherige Resultat der Reichstagsstichwahl beträgt: Kämpffer (Fortschritt) 6391 und Große (nat.-lib.) 4118 Stimmen.

Paris. Die Kammer beschloß, die Güter der Kongregationen den fiskalischen Vorschriften zu unterwerfen. Der Präsident der Kommission schlug den Werth der Güter auf 500 Millionen Francs an und führte aus, daß die Kongregationen verheimlichten, ihr Vermögen anzugeben, um dasselbe der Besteuerung zu entziehen.

Nr. 345. Witterung vom 9. Dezbr.: Barometer nach Oster Eisfeld, Wallstraße 19 (Höhe 611.) 760 Mill., fällt gestern 12 Mill. gestiegen. Thermometertag. u. Maxim.: 4½° W., mindr. Temp. 5° W., höchste Temp. 9° W. Wetterbild: Gebiet, Regen.

Aussichten für den 10. Dezember: Veränderliche Bewölkung, leichte Niederschläge, etwas kälter, zeitweise windig.

Freitag, 10. December.

Politisches.

Selten haben wir von einem hochgestellten Staatsmanne eine so herzerquickende Rede gelesen, wie die war, welche der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Feldmarschall v. Manteuffel, soeben in Straßburg gehalten hat. Wer diese, in der Tagesgeschichte ersichtliche Ansprache, unbefangenen Auges durchliest, verspürt gewiß so Etwas, wie das Rauschen des deutschen Waldes. Edwin v. Manteuffel, geboren zu Dresden, eine der stolzesten Säulen des preußischen Heeres, hat im Laufe seiner politisch-militärischen Dienstleistungen sein spezifisches Preußenthum zu einem deutschen Patriotismus geläutert, der in allen seinen Kundgebungen auf lauten Wiederhall in den Herzen seiner Stammesbrüder rechnen darf. In ihm vereinigen sich der unbeugsame Organisator des Heerwesens und der kluge Staatsmann; keine glücklichere Wahl konnte Kaiser Wilhelm treffen, als er diesen ausgezeichneten Krieger als Statthalter an die Spitze von Elsaß Lothringen stellte. Sein kerndeutsches Wesen, seine Jovialität, sein bei einem Soldaten so seltenes Aufgeknöpftsein haben ihm in der kurzen Zeit seines elsaßischen Vicekönigthums die Sympathien der grollenden und zurückhaltenden Bevölkerung erobert. Ihn unterstützte dabei sein persönliches Wohlwollen und die mit Milde gepaarte Gerechtigkeit, die aus allen Amtshandlungen hervorleuchtet. Einsichtsvoll wie er ist, verlangt und erwartet er nicht, daß die neuen Reichsbrüder im Handumdrehen ihre Gefühle vergessen. Er beansprucht sogar nicht Sympathien für die Zugehörigkeit zum deutschen Reiche, wohl aber fordert er Anerkennung des thatsächlich bestehenden Zustandes. Hinter aller Milde zeigt er einen festen unbezwinglichen Willen, Elsaß-Lothringen dem Reiche unabreißbar anzugliedern. Manteuffel haschte nicht nach Popularität, als er in der Straßburger Rede den Willen bekundete, in Elsaß-Lothringen allmälig die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten aller anderen deutschen Bundesstaaten einzuführen. Unsere neuen und doch so alten Landsleute verdienen nicht mehr unter der Diktatur zu stehen. Sie haben ihre Reife für freiheitliche Einrichtungen durch die Besonnenheit, Mäßigung und Würde bekundet, in die sie sich trotz einzelner Dem widersprechender Thatsachen, in die neue Ordnung der Dinge fanden. Im Sturm kann das nicht gehen. Aber die Elsaß-Lothringer haben sich, das sei ihnen nicht vergessen, im Ganzen den Aufreizungen unzugänglich erwiesen, welche die französische Kriegspartei, die nach Frankreich Ausgewanderten und speziell Gambetta unermüdlich probirten. Die klugen Elsaß-Lothringer handelten dabei nur in eignem Interesse; sie sagten sich, daß, wenn aus ihrem Lande ein Deutsch-Venetien gemacht würde, wegen dessen der Krieg ausbräche, ihr Land vor Allem der Schauplatz der Schrecken und Zerstörungen des Krieges werden würde. Es ist bemerkenswerth, daß Manteuffel erklärte: sowohl Fürst Bismarck wie der Kaiser billigten vollkommen sein Streben, die Reichslande voll verfassungsmäßig zu verwalten. Das ist eine dankenswerthe Eröffnung. Wir übrigen Deutschen wünschen am allerwenigsten, daß in Elsaß-Lothringen die Diktatur willkürlich weiter schalte. Manteuffel hat da die Stimmung der Bevölkerung diesseits wie jenseits des Rheines viel richtiger erkannt, als gewisse nationalliberale Zeitungen, gegen die sich seine Rede besonders richtete. Möchte vor Allem nun Straßburg sein Schmollen aufgeben. Straßburg war unter den Franzosen eine in Festungsmauern fest eingeschnürte Provinzialstadt; heute, wo seine Wälle niedergelegt, ist es eine werdende Großstadt!

Einen tieferen Ton muß man anstimmen, kommt man von dieser frischen Manteuffelrede auf die Deficite in Preußen und im Reiche und die neuen Steuern zu sprechen. Zunächst übersteigt es schon die Kräfte eines gewöhnlich Sterblichen, sich in diesen verzwickten Finanzverhältnissen zurechtzufinden. Ein Staatsbudget wie das preußische, das zugleich einen Ueberschuß von 14 Millionen und ein Deficit von 30 besitzt, ist schon eine Kuriosität. Ein Reichsbudget aber, das eine weitere Anleihe von 36 Millionen verlangt, um die nicht vorhandenen Mittel für die Erhöhung des Militäretats herbeizuschaffen, während man andererseits mit einem Steuerbouquet von etwa 100 Millionen vor den Reichstag tritt, um Ueberschüsse an die Einzelstaaten zur Abminderung der direkten Abgaben zu vertheilen, das ist noch seltsamer. Die Zerfahrenheit, Konfusion und Unentschlossenheit unter allen Parteien des preußischen Landtages ist unter sothanen Umständen ganz natürlich; Niemand weiß sich einer gleich trostlos-verbohrten Lage zu erinnern. Das Schwanken des Finanzministers Bitter macht die besten Freunde des volkswirthschaftlichen Reformwerkes des Fürsten Bismarck stutzig und entmuthigt sie. Unter dem Druck dieser Verhältnisse wäre es das Vernünftigste, wenn die Regierung auf den Steuererlaß von 14 Millionen verzichten würde. Davon ist aber nicht die Rede; sie hält allen Einwendungen gegenüber wenigstens für ein Jahr den Steuererlaß aufrecht, um dem Volke einen Vorgeschmack von den Seligkeiten eines solchen Erlasses zu bieten. Wohl bekomm's!

Der neue russische Finanzminister Abaza faßt seine großen Pläne, das Finanzwesen neu zu ordnen, eigenthümlich genug an. Man schreibt ihm große Fähigkeiten und Energie zu. Auch die bisherigen Finanzminister Rußlands waren geschickte Leute; unter schwierigen Verhältnissen wußten sie stets Rath und hielten den Kredit ihres Reiches trotz der gewaltigen Schuldenlast und der Entwerthung des Rubelkurses aufrecht. Sie lebten aber immer von der Hand in den Mund und begegneten meistens durch Erhöhung der Eingangszölle der sonstigen Finanzmisère. Der neue Minister Abaza steuert, trotz der gegentheiligen Versicherungen, ziemlich in dem gleichen Kielwasser. Verständig erscheint zwar seine Abschaffung der Salzsteuer, da bei der Mißernte in vielen Theilen Rußlands und den unerhört hohen Brodpreisen es dem Volke unerschwinglich würde, auch noch jedes Krümchen Salz zu versteuern; aber um den Staatseinnahmeausfall von 13 Millionen Rubel zu decken, erhöht Abaza die Eingangszölle um weitere 10 Proc. (Das gestrige Telegramm, das diese Nachricht brachte, war irrthümlich aus Berlin statt aus Petersburg datirt.). Unsere deutsche Industrie, gegen die sich diese Maßregel richtet, hat kein Mittel, sich gegen die neue Beeinträchtigung zu wehren.

Wenn die englische Regierung nun Mittel ergreift, um dem Ausbruche nahe Empörung Irlands gewaltsam niederzuschlagen, so darf sie der Zustimmung der Mehrheit der Engländer gewiß sein. Die unerwartete Rückkehr des Hauptagitators Parnell nach Irland, seine zum Bürgerkriege und zur Loslösung von England direkt auffordernden Reden lassen an dem Ernste der Lage keinen Zweifel übrig. Diejenigen Rathgeber der Krone Englands, die von Gewaltmaßregeln abriethen und eine Reform der Landesgesetzgebung vorschlugen, sind in die Minderheit gedrängt. Letztere kommt zu spät. Thatsache bleibt es, daß die abscheuliche Mißverwaltung der Smaragdinsel durch die englische Landaristokratie, ihre empörende Aussaugung des Landes die einzige und berechtigte Ursache der Revolution bildet. Ein hervorragender Engländer, der seinem Vaterlande in Indien, China und Abyssinien werthvolle Dienste geleistet hat, Gordon-Pascha sprach dieser Tage offen aus, daß kein Volk der Erde, weder Bulgaren, noch Armenier oder Chinesen und Inder so gelnechtet und ausgesogen werden, wie die unglücklichen Irländer. Gordon hat die halbe Welt gesehen und ist urtheilsfähig, wie Wenige es sind. So ein englischer Lord hause in England mit absoluter Gewalt über Leib und Leben, Familie und Eigenthum seiner Landeingesessenen. Die Sklavenhalter Nordamerikas waren milde Herren im Verhältnisse zu der Tyrannei der englischen Lords, die sich durch die unbarmherzige Knauserei noch besonders verächtlich machten, mit der sie den letzten Schilling den armen Lehnhupfern von Heuerlingen abschunden. England erntet, was es in Irland gesäet.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 9. Decbr.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Berathung des Kultusbudgets. Dr. Windthorst bedauert, daß ihn die Noth zwinge, die Klagen über die kirchlichen Zustände, namentlich die der katholischen Kirche, auch heuer wieder aussprechen zu müssen. Die Maigesetze seien in ihren Wirkungen noch ungeschwächt in Kraft; sie hätten den Zweck, die Kirche unter die Gewalt des Staates zu bringen, die katholische Kirche niederzuwerfen. Tausende von Pfarreien seien erledigt. Nur Geistliche, die das Verbrechen begingen, Kranke zu trösten, werde Jagd gemacht wie auf Wild; ganze Kompagnien würden gegen dieselben ins Feld geführt. Die Zustände der Schulen seien unerquicklich; an den Hochschulen herrsche der Unglaube. Die Regierungen seien berufen, die Unterthanen zu schützen, was die Pflicht in sich schließe, freie Religionsübung zu gestatten, selbst wenn feierliche Versprechungen nicht vorlägen. (Es sei allerdings der Versuch gemacht worden, eine Milderung herbeizuführen, aber es war jener Versuch nicht die Gewährung eines zu fordernden Rechts; man wollte aus der Kirche eine Kirche nicht von Gottes, sondern von Ministers Gnaden machen. Man wollte sie verdorren lassen unter den starren Formalitäten polizeilicher Vorschriften. Man habe ferner nicht nur die Einnahmen der Geistlichen gesperrt, welche der Staat freiwillig gewährte, sondern auch die, welche er zu gewähren verpflichtet war; dafür zeige sich so recht die brutale Gewalt. Wenn man im Mai und Juni v. J. zugab, daß die Maigesetze zu weit gehen, warum ist keine Vorlage in dieser Beziehung gemacht worden? Das lasse das nicht auf guten Willen schließen. Die Vermehrung von Noth und Verbrechen seien Folgen der Maigesetze. Er werde gegen das Ende der Diskussion beantragen, daß das Spenden der Sterbesakramente u. s. w. straflos bleibe. Damit solle nicht gesagt sein, daß alles Uebrige bestehen bleiben solle. Er frage den Minister, ob die Regierung beabsichtige, die abgebrochenen Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle wieder aufzunehmen? Das Centrum sei auf passiven Widerstand beschränkt, welcher berechtigt sei gegenüber Gesetzen, die das Gewissen einschnürten. Soweit ein freier Mann, ein Christ, die Gesetze befolgen kann, tuht er es. Dem Minister sage er: mit Halbheiten sei nichts gethan. (Beifall im Centrum). Cultusminister v. Puttkamer: Den Interessen der katholischen Kirche schadet nichts mehr als Uebertreibung. Die Regierung bedauere mit dem Vorredner, daß sie bezüglich eines Ausgleichs in kirchenpolitischer Hinsicht nicht weiter gekommen sei. Die Schuld liege nicht auf Seite der Regierung. Was haben denn Windthorst und seine Freunde dazu beigetragen, einen solchen oder die gesetzliche Wiederaufnahme der für nothwendig erachteten Verhandlung zu ermöglichen? Die i. J. geforderten diskretionären Gewalten seien nothwendig gewesen im Hinblick auf die unverantwortliche Stellung der Gegenpartei. Der avisirte Antrag des Abg. Windthorst stehe mit den Fundamenten der Maigesetze im Widerspruch. Die Regierung hält es mit ihrer Würde und der der preußischen Monarchie nur vereinbar, eine zuwartende Haltung einzunehmen und die bestehenden Gesetze mit möglichster Milde zu handhaben. Trete die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen an die Regierung heran, so werde sie sich ihrer Pflicht nicht entziehen. (Bravo!) Dr. Petri: In vielen Landestheilen hätte es zu viel Geistliche gegeben; sie hätten deshalb in wenig zu thun gehabt und sich deshalb zu viel mit Politik beschäftigt. Die Anzeigepflicht sei der Kardinalpunkt; die Vertreter der katholischen Kirche billigten sie in anderen deutschen Ländern und in der Rheinprovinz habe sie früher vereinbartermaßen bestanden. Rom habe nie danach gefragt, wenn es sich um seine Herrschergelüste handelte, ob Tausende ohne die Tröstungen der Religion bleiben (Wut! im Centrum). Der Vorwurf wegen der Verwaisung der Pfarreien treffe die, welche ihn erhoben haben. (Bravo.) Dr. Langerhans: Die evangelische Kirche sei viel schlimmer daran als die katholische, wie die Zurückweisung der von den Gemeinden gewählten Geistlichen der Protestanten-Vereinspartei durch geistliche Staatsbehörden beweise (Hasenclever). Er wirft dem Kultusminister vor, daß derselbe durch untergeordnete Organe die bestehenden Gesetze habe untergraben lassen. Stengel nimmt seine (die freiconservative) Partei gegen die Anarkie Dr. Windthorst's in Schutz. Jarczewsky führt mehrere Fälle auf, die beweisen sollen, daß die Regierung weder Milde noch Rücksicht gegen die katholische Kirche übe. Cultusminister v. Puttkamer erklärte dagegen, die Regierung habe die Milderungen, die gesetzlich zulässig seien, eintreten lassen. Emeritirten Geistlichen würden die gesperrten Einnahmen wieder zugeführt, wenn sie dies beantragten. Ueber seine Haltung in der Generalsynode sei der Abgeordnete Dr. Langerhans ganz falsch orientirt; er (der Minister) habe keineswegs gegen das Schulaufsichtsgesetz polemisirt. Für die Strömungen innerhalb der Kirche sei er nicht verantwortlich zu machen. Der Abgeordnete Seyffardt gegen den kultusministeriellen Erlaß über das öffentliche Auftreten der Lehrer. Durch diese Verfügung werde die Autorität der Lehrer aufs Aergste erschüttert und die Berufsfreudigkeit erstickt. Wenn Fehler bestehen, so müßten dieselben gerade in diesem Falle als Interna betrachtet werden. Die Lehrervereine hätten sehr viel Gutes gewirkt; so hätten die preußischen Lehrervereine sich seiner Zeit gegenüber den Bestrebungen auf Beseitigung des Religionsunterrichts einstimmig für Beibehaltung desselben und zwar für confessionellen Religionsunterricht ausgesprochen. In anderen Ländern würden die Lehrervereine durch den Staat unterstützt. Kultusminister v. Puttkamer: Von denjenigen Lehrervereinen, die sich systematisch vom organischen Ganzen loszulösen suchen, sei die Rede in dem Erlaß, nicht von Pestalozzi-Vereinen und dergleichen, welche auf dem Wege der Selbsthilfe wohlthätige Zwecke fördern. Er habe darauf zu sehen, daß in der Volksschule Ordnung aufrecht erhalten werde. Die Volksschule sei neben der Armee jedenfalls die wichtigste Institution des preußischen Staates. Man dürfe den Lehrern nicht gestatten, einen Staat im Staate zu bilden. Wenn man die Lehrerpresse durchliefe, werde man finden, daß das i. J. von ihm über einen Theil der Lehrer abgegebene Urtheil noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibe. Ausdrücke für die Lehrer. Die Volksschullehrer hätten zum Theil die ihnen gebührende Stellung noch lange inne, was besonders auch aus der Art und Weise der Ordensvertheilung hervorgehe (Unabsehbare Heiterkeit). Die Volksschullehrer hätten die Sozialdemokratie am eifrigsten bekämpft. Was ihre Beziehungen zur Fortschrittspartei betreffe, so bedaure er, daß sich die Lehrer noch gar nicht in dem Umfange der Fortschrittspartei angeschlossen, wie dies wohl wünschenswerth sei. Gumbrecht: Mit der katholischen Kirche sei kein Staatswesen, das nicht auf Theokratie oder Priesterherrschaft basire, vereinbar. Daß das Centrum keinen modus vivendi suche, sondern nur die vollständige Unterwerfung des Staates fordere, das sei es, was er ihm zum Vorwurf mache. Es solle bescheidener werden. Rickert weist nach, daß der Minister früher sein absprechendes Urtheil auf den gesammten Lehrerstand ausgedehnt, nicht blos von einzelnen Lehrern gesprochen habe, wie heute. Minister v. Puttkamer: Wenn seine heutigen Worte sein früheres Urtheil einschränken könnten, so nehme er dieselben zurück; er gebe keiner Pression nach, möge dieselbe von einer Seite kommen, von welcher immer. Stresser: Die Aeußerung Dr. Langerhanns: „Die orthodoxen Geistlichen würden um so zelotischer, je größere Huld ihnen von Oben her zu Theil werde", sei die größte Beleidigung, die jemals im Parlament gegen einen Stand geäußert worden sei. Er hechelt sämmtliche Redner durch. Dr. Windthorst gegen die Meinung Gumbrechts, daß event. aktiver Widerstand gegen den Staat erlaubt sein könne. Wenn der von ihm avisirte Antrag dazu führe, die Gesetze in ihren Fundamenten zu erschüttern, so konstatire er, daß es im 19. Jahrhundert in Preußen Gesetze gebe, welche das Spenden der h. Sakramente mit Strafe belegen. Er fordere den Minister auf, die in Wien gepflogenen kirchenpolitischen Verhandlungen mitzutheilen. Der Minister ziehe es vor, mit verschränkten Armen dazustehen und die Noth der katholischen Mitbürger mit anzusehen, nur um seine Würde nicht zu vergeben. (Großer Beifall und Zischen.) Minister v. Puttkamer weist diesen Vorwurf zurück im Hinblick auf seine diesbezügliche Thätigkeit während seiner Amtsführung. (Bravo.) Dr. Windthorst wiederholt sein Verlangen auf Vorlegung des gesammten Materials über die Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle. Gegen die Katholiken würde eine Härte geübt. Die Diskussion wird geschlossen.

Berliner Börse. Die Börse trug heute eine durchaus feste Tendenz zur Schau, doch fehlte es wiederum an größeren Umsätzen. Die voraussichtliche Dividende der Kreditanstalt wird sehr günstig taxirt. Kreditaktien, ziemlich belebt, 2 Mark, Franzosen ½ und Lombarden 2½ Mark besser. Eisenbahnen steigend, namentlich österr., von denen Elbethalbahn 5, Nordwestbahn 3 Mk. gewannen. Banken sehr fest. Fonds still, behauptet. Montanwerthe matt. Sächsische Industrien weichend.

Lokales und Sächsisches.

— Als Nachfolger des Herrn Major v. Ehrenstein in den Posten eines Flügeladjutanten Sr. Majestät des Königs nennt man zwar viele Namen; am meisten Aussicht soll jedoch Herr v. Schimpff haben, früher Rittmeister bei den Gardereitern, jetzt Hauptmann im Generalstabe, ein höchst wissenschaftlich gebildeter Offizier.

— Beim sächsischen Gesandten in Berlin, Herrn v. Nostitz-Wallwitz, fand gestern ein kleineres Diner statt, an welchem der russische Botschafter, Herr von Saburow und Gemahlin, der französische Botschafter Graf St. Vallier, der spanische Gesandte Graf Benomar und Gemahlin, der württembergische Gesandte Freiherr v. Spitzemberg und Gemahlin, sowie einige Herren des diplomatischen Corps sich betheiligten.

— Mit königlicher Genehmigung haben von den beiden Parallelstraßen zur Sachsenallee die östliche den Namen „Elsaßer Straße", die westliche den Namen „Lothringer Straße", sowie die zwischen der Blumenstraße und der Pirnaischen Chaussee, welche westlich der Fürstenstraße, nächst dieser die Glasewitzerstraße durchschneidet, den Namen „Kreuzerstraße" erhalten.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 8. d. In der Hauptsache wird die Sitzung durch Berathung der Voranschläge für das Armen-Amt und für das Wasserwerk pro 1881 ausgefüllt. Es werden als Zuschüsse für das nächste Jahr bewilligt: für die Hauptarmenkasse 241,322 Mark, für das Waisenhaus 2909 Mark, für das Versorghaus 99,847 Mark, für das Asyl für Sieche 53,071 Mark und für die Arbeitsanstalt 113,805 Mark. Die Einnahmen dieser Anstalten, denen allerdings nach obigen Ziffern weit höhere Ausgaben gegenüberstehen, betragen: Hauptarmenkasse 248,844 Mark, Waisenhaus 20,811 Mark, Versorghaus 10,877 Mark, Asyl für Sieche 2096 Mark, Arbeitsanstalt 64,190 Mark. — Im Voranschlag für das Wasserwerk sind mehrere Positionen von den Stadtverordneten geändert worden; der Abschluß wird mit 646,240 Mark Einnahme und 624,482 Mark Ausgabe, also einem Ueberschuß von 21,758 Mk. genehmigt. Mit den durch das Wasserwerk erzielten Ueberschüssen sind zuvörderst nach und nach alle Herstellungskosten des Werkes und alle früheren Defizits zu decken. Statutarisch ist i. J. festgestellt worden, daß dieses Werk niemals für die Stadt ein „erwerbendes" werden darf, so daß dann, wenn alle Kosten desselben und die gemachte Anleihe gedeckt sein werden und mehr einkommt, als der Betrieb kostet, dieses Mehr zu den Betriebskosten geschlagen und sonach der Wasserpreis für die Abnehmer im Verhältniß billiger werden muß. Vor der Hand sieht das